

Beschluss

Beschluss zur Ökologisierung der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 Nach der Übernahme des MULE durch B90/GRÜNE wurden in Sachsen-Anhalt ein
- 2 wesentlicher Aufschwung in der Umstellung auf den Ökolandbau bewirkt. Damit sind
- 3 Fortschritte in der Ökologisierung der Landnutzung erreicht. Hierfür möchten wir
- 4 unserer Ministerin ausdrücklich danken. Leider wurde dieser positive Trend 2019
- 5 durch Entscheidungen der Koalition abgewürgt.

- 6 Die Landesregierung wird aufgefordert allen landwirtschaftlichen Betrieben, die
- 7 im Antragsverfahren 2020 die Umstellung auf ökologischen Landbau beantragen,
- 8 dies zu bewilligen.
- 9 Für die Finanzierung sind u. a. Mittel aus der 1. Säule (Direktzahlungen) die
- 10 2021 in die 2. Säule umgeschichtet werden zu verwenden.

Beschluss

Beschluss zu Satzungs- und Strukturkommissionen

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 30.11.2019
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag hat beschlossen:
- 2 a) Die bestehenden Satzungs- und Strukturkommissionen werden aufgelöst.
- 3 b) Der Landesvorstand wird beauftragt eine Projektgruppe „Satzung und Struktur“
- 4 einzuberufen. Alle Mitglieder werden aufgerufen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit
- 5 beim Landesvorstand zu erklären. Der Landesvorstand beruft anschließend die
- 6 Mitglieder der Projektgruppe.
- 7 c) Die Projektgruppe sollte mindestens aus 10 Mitgliedern bestehen und sich aus
- 8 Vertreter*innen des Landesvorstands, der Grünen Jugend, der Kreisvorstände und
- 9 Basismitgliedern zusammensetzen. Ein Mitglied des Landesvorstands kann nicht
- 10 gleichzeitig als Basismitglied oder Kreisvorstandsmitglied in der Projektgruppe
- 11 aktiv sein.
- 12 d) Anträge, die an die Satzungs- und Strukturkommissionen überwiesen worden
- 13 sind, gehen zur weiteren Beratung in die neue Projektgruppe über.

Begründung

Beschluss

Beschluss: Die Landesverwaltung CO₂-neutral gestalten – CO₂-Ausstoß kompensieren

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesverwaltung zur CO₂-
- 2 neutralen Gestaltung der Landesverwaltung auf.
- 3 Dies umfasst
- 4 • die Gebäudedämmung, mit natürlichen und nachhaltigen Dämmmaterialien, der
- 5 Liegenschaften der Landesverwaltung, die schnellstmöglich so erfolgen
- 6 muss, sodass weniger Heizen in den Gebäuden notwendig wird;
- 7 • den Umstieg auf 100% erneuerbare Energien bei der Stromnutzung in den
- 8 Liegenschaften der Landesverwaltung;
- 9 • die Dächer der Liegenschaften der Landesverwaltung sollen ,falls es nicht
- 10 gegen den Denkmalschutz verstößt, mit Solarmodulen und oder Gründächern
- 11 ausgestattet werden;
- 12 • die Ermittlung der real entstehenden Kosten der Treibhausgasemissionen,
- 13 die die Landesverwaltung durch Flüge, gefahrene Autokilometer, Strom und
- 14 das Heizen erzeugt, und deren Veröffentlichung auf der Website des Landes
- 15 Sachsen-Anhalt;
- 16 • die Kompensation von unvermeidbaren Treibhausgasemissionen ähnlich dem
- 17 Geschäftsmodell von atmosfair und damit zusätzliche Unterstützung von
- 18 Klimaschutzprojekten in Sachsen-Anhalt.

Beschluss

Beschluss: Ländliche Räume in den Fokus rücken – Mit Menschen auf dem Land ein Grünes Politikangebot schaffen

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

1 Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, aber auch die Kommunal- und
2 Europawahlen in Sachsen-Anhalt haben gezeigt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in
3 Ostdeutschland noch weit entfernt von den Prozentwerten, die in westdeutschen
4 Bundesländern bereits erreicht werden. Noch immer werden wir vorrangig in
5 großstädtischen Regionen und wachsenden Regionen gewählt. Dort lebt auch knapp
6 die Hälfte unserer Grünen Mitglieder in Sachsen-Anhalt. Doch die Mehrheit der
7 Bevölkerung lebt in Sachsen-Anhalt in den ländlichen Regionen. Diesen Menschen
8 müssen wir durch Präsenz vor Ort, insbesondere durch Veranstaltungen zu den
9 aktuellen Themen des ländlichen Raumes, unsere Ideen und Konzepte für den
10 ländlichen Raum nahe bringen.

11 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern daher den neuen Landesvorstand dazu
12 auf, das Thema Ländliche Räume zu einem zentralen inhaltlichen Thema zu machen.
13 Gemeinsam mit den Kreisverbänden, den kommunalen Mandatsträger*innen und allen
14 Landesfachgruppen mit Bezug zum Thema soll der Landesvorstand umfassende
15 Positionen zu den ländlichen Räumen in Sachsen-Anhalt zu erarbeiten. Diese
16 sollen im zweiten Schritt zum Einen in unser nächstes Landtagswahlprogramm
17 eingehen und damit ein zentraler Bestandteil unserer Grünen Vision von Sachsen-
18 Anhalt werden. Zum Anderen sollen diese Positionen mit Verbänden in Sachsen-
19 Anhalt, aber auch bei öffentlichen Veranstaltungen in den Landkreisen durch den
20 Landesverband und insbesondere auch die Landesfachgruppen diskutiert werden.

Beschluss

Beschluss: Vegane/vegetarische Verpflegung auf grünen Veranstaltungen

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 Wie der neueste IPCC-Bericht und andere Studien zeigen, ist zum Erreichen des
- 2 1,5-Grad-Zieles eine massive Reduktion des Konsums tierischer Produkte
- 3 notwendig. Mit dem Motto „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“
- 4 setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit ihrer Gründung für den Erhalt eines
- 5 lebenswerten Planeten – auch und gerade für künftige Generationen – ein.

- 6 Deshalb werden bei allen internen und öffentlichen Veranstaltungen von BÜNDNIS
- 7 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ausschließlich vegetarische und vegane Lebensmittel
- 8 angeboten und damit das umgesetzt, was auf Bundesebene von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 9 längst Beschlusslage und Realität ist. Eine vollwertige vegane Option darf dabei
- 10 nicht fehlen.

- 11 Nach Möglichkeit wird beim Catering für Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/DIE
- 12 GRÜNEN Sachsen-Anhalt zudem auf einen ökologischen Anbau der Lebensmittel sowie
- 13 verpackungsarme Angebote geachtet.

Begründung

Beschluss

Beschluss: Windenergie weiter ausbauen und Arbeitsplätze sichern

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 30.11.2019
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 Die Klimakatastrophe vollzieht sich dramatisch schnell. Aktuell sprechen
2 Wissenschaftler*innen von unsäglichem menschlichen Leid, das auf uns zukommen
3 wird, wenn wir die Erderwärmung nicht auf mindestens 1,5 °C begrenzen. Gerade
4 die erneuerbaren Energien sind in der Lage, die CO₂-Emissionen drastisch zu
5 reduzieren, wenn wir die Energiewende endlich richtig und beherzt anpacken.
- 6 Überall – egal ob in Sachsen-Anhalt oder bundesweit – werden wir nicht annähernd
7 den vor uns stehenden Herausforderungen im Klimaschutz gerecht. Momentan
8 beobachten wir ein Versagen der schwarz-roten Politik auf Bundesebene, wenn es
9 darum geht, die Energiewende voranzubringen. Statt eines Planes zur Entwicklung
10 der Zukunft vorzulegen, werden immer neue Hemmnisse aufgebaut. Die Koalition von
11 CDU und SPD in Berlin hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es ist eher drei
12 als fünf vor zwölf. Wenn wir jetzt nicht wirksam unsere Energiepolitik
13 umsteuern, dann werden sich unsere Lebensverhältnisse und die anderer Staaten,
14 so wie wir diese jetzt kennen, nicht aufrechterhalten lassen. Deutschland muss
15 als gutes Beispiel vorangehen.
- 16 Es ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Es muss jetzt gehandelt werden. Sofort!
17 Eine behutsame Kehrtwende ist zu wenig, wir brauchen jetzt den massiven Ausbau
18 der Erneuerbaren Energien. Das sichert Arbeitsplätze und bewahrt unsere Umwelt.
- 19 Derzeit stehen tausende Arbeitsplätze in Magdeburg und auch in anderen
20 Bundesländern auf der Kippe. Einer der großen Arbeitgeber der Windenergiebranche
21 hat angekündigt 3000 Stellen abzubauen. Wir BÜNDNISGRÜNE sind wütend über diese
22 Entwicklung und erwarten massive Anstrengungen der Politik und der
23 gesellschaftlichen Akteure, um diese Arbeitsplätze zu sichern.
- 24 Die Energiewende bedeutet auch langfristig die Sicherung von Arbeitsplätzen in
25 Deutschland, und nicht nur bei ENERCON.
- 26 Auch die vielen kleinen Zulieferbetriebe gehören in den Fokus der Politik.
- 27 Derzeit importiert Deutschland zirka 70% der Primärenergie aus dem Ausland. Und
28 das meistens in Form von Öl und Gas und somit mit einem starken Ausstoß von CO₂.
29 Eine erfolgreiche Energiewende bedeutet die Umstellung auf Elektroenergie als
30 universellen Energieträger. Diese Energieform dient uns auch in Zukunft als
31 Grundlage für Rohstoffe einer dekarbonisierten Wirtschaft. Ziel einer
32 zukunftsweisenden Energiepolitik muss es sein, dass klimaschädliche Gase
33 vermieden werden.
- 34 Unsere Vorschläge auf Landesebene:

- 35 • Regionale Planungsgemeinschaften sollen weiterhin wie bisher in bewährter
36 Weise die Abstandsregelungen für ihre Planungsregionen selber treffen.
37 Denn sie kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Falls dennoch
38 Abstandsregelungen zur Wohnbebauung von Bundesebene getroffen werden
39 sollten, soll Sachsen-Anhalt von der vorgesehenen Ausnahmeregelung
40 Gebrauch machen, sodass geringere Abstände ermöglicht werden und somit
41 mindestens die dann neue Regelung von 1000 m Abstand zur Wohnbebauung ab
42 fünf Häusern nicht zwingend greifen muss.
- 43 • 2% Flächenziel im Landesentwicklungsgesetz verankern und eine
44 Bundesratsinitiative für ein 2% Flächenziel für die Bundesrepublik
45 Deutschland
- 46 • Evaluierung des Genehmigungsprocedures unter besonderer Berücksichtigung
47 der Fragestellung, ob die Genehmigungsbehörden die Freiräume der
48 Einzelfallentscheidung auf der Grundlage des Leitfadens Windenergie nutzen
49 zugunsten des Ausbaus der Windenergie.
- 50 • Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen unterstützt werden, damit sie
51 mehr Flächen als die derzeit ausgewiesenen 1,1 % ausweisen.
- 52 • Parallel zum Ausbau der Windenergie müssen zur Sektorkopplung Speicher,
53 insbesondere für Wasserstoff gefördert werden.
- 54 • Den Kommunen im Land sollen Handlungsmöglichkeiten bei der
55 wirtschaftlichen Betätigung mit erneuerbaren Energien ermöglicht werden.
- 56 • Schutz der Artenvielfalt durch Einsatz neuer Technologien [Radarsysteme]

57 Unsere Vorschläge auf Bundesebene:

- 58 • keine Vorgabe von Abstandsregelungen
- 59 • Abschaffung des Ausbaudeckels
- 60 • Vorgabe eines bundesweiten Flächenziels von 2%
- 61 • Regelung zur Flugsicherung anpassen, damit die Abstandsregelung zu
62 Drehfunkfeuern reduziert wird
- 63 • Der Zerlegungsmaßstab für die Gewerbesteuer sollte so geändert werden,
64 dass der Ertrag aus der Gewerbesteuer aus dem Betrieb der Windkraftanlagen
65 zu einem signifikanten und transparenten Anteil der betroffenen
66 Standortgemeinde dienen.
- 67 • Bürgerwindanlagen müssen leichter ermöglicht werden. Die EU-Erneuerbare-
68 Energien-Richtlinie ist im nationalen Recht umzusetzen.
- 69 • Genehmigungsverfahren müssen gestrafft und durch Digitalisierung
70 verbessert werden.

Beschluss

Beschluss: Sicherung guter forstfachlicher Praxis in Zeiten der Klimakrise bei der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 30.11.2019
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 Der LPT hat beschlossen,
2 dass die Fraktion darauf hinarbeitet möge, die geplanten Fällungen von 8.000
3 Eichen in den Wäldern der landeseigenen Kulturstiftung Dessau-Wörlitz zu stoppen
4 und einen Waldbeirat einzurichten. Der Waldbeirat soll möglichst als
5 satzungsgemäßes Gremium bei der Kulturstiftung installiert werden. Er sollte die
6 Stiftung selbst, das Biosphärenreservat, den Landesforstbetrieb, das Landesamt
7 für Umweltschutz, Vertreter der Stadt- und Landkreise, Vertreter der
8 Umweltverbände, sowie ggf. Vertreter weiterer forstfachlicher Einrichtungen
9 umfassen.
- 10 Der Waldbeirat soll vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung für die
11 Auwälder der Mittleren Elbe wie auch der Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft und
12 den darauf einwirkenden Herausforderungen der Klimakrise als Gremium arbeiten,
13 welches zu folgenden Themen berät:
- 14 • Erstellung von Bewirtschaftungsplänen die eine wirtschaftliche und
15 naturverträgliche Nutzung in Einklang bringen,
 - 16 • Sicherstellung und Verbesserung der in den Wäldern der Kulturstiftung
17 vorhandenen FFH-Lebensräume,
 - 18 • Erarbeitung von Konzepten zur Verbesserung des Wasserhaushalts der
19 Waldgebiete,
 - 20 • Erarbeitung von Klimaanpassungsstrategien,
 - 21 • Sicherstellung des Beitrags der Kulturstiftung zum 5% Wildnisziel
22 (Strategie zur biologischen Vielfalt) durch Ausweisung entsprechender
23 Prozessschutzflächen,
 - 24 • Umgang mit Forstschädlingen.
- 25 Der Waldbeirat kann bei erfolgreicher Arbeit zu einem Modellprojekt für die
26 naturnahe Waldbewirtschaftung öffentlicher Institutionen entwickelt werden. Die
27 substantielle Arbeit des Waldbeirats soll durch das Land unterstützt werden um
28 Arbeitskreise, Gutachten und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.
- 29 Die Aufhebung des Moratorium für den Holzeinschlag der Eichen soll erst nach
30 verbindlicher Verständigung der Regierungskoalition auf die Einrichtung des
31 Waldbeirates geschehen. Fällungen zu unumgänglichen Verkehrssicherung sowie
32 drängende Sanitärhiebe müssen akzeptiert werden.

Begründung

Beschluss

Resolution: Kein Fußbreit

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

1 Kein Fußbreit

2 Antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt wirksam entgegentreten

3 Das Entsetzen über den rechten Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle
4 klingt nach. Wir, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt, trauern um die Opfer
5 des rechtsterroristischen Anschlags. Wir stehen an der Seite der Opfer, ihrer
6 Angehörigen und aller Betroffenen. Wir sind entsetzt über die Tatsache, dass 75
7 Jahre nach der Shoah in unserem Bundesland jüdisches Leben zum Ziel eines
8 geplanten Terroraktes wurde. Doch nach Betroffenheit und Trauer müssen nun Taten
9 folgen. So konkret und real, wie die Bedrohung und Gefahr des Rechtsterrorismus
10 sind, muss die Gegenwehr der demokratischen Gesellschaft sein.

11 Wir teilen und unterstützen ausdrücklich den „Aktionsplan gegen Antisemitismus
12 und Hasskriminalität“ unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion vom 17. Oktober
13 2019. Antisemitische, rassistische und demokratiefeindliche Taten müssen
14 konsequent verfolgt und geahndet werden. Der Schutz von besonders gefährdeten
15 Einrichtungen und Personen ist zu gewährleisten. Der aktive Einsatz gegen
16 Menschenfeindlichkeit, rechten Terror und Hass muss selbstverständliches
17 Anliegen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure bleiben. Politische Bildung
18 und Demokratiebildung sind als starke Säule im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit
19 unverzichtbar.

20 Wir unterstützen Initiativen und Vereine in Sachsen-Anhalt, die den
21 demokratischen Grundkonsens verteidigen, extrem rechte Strukturen aufdecken und
22 für unsere moderne offene Gesellschaft entstehen. Wir fordern eine verlässliche,
23 auskömmliche und verbindliche Förderung für die Akteure in den Bereichen
24 Demokratiebildung, Hass- und Gewaltprävention sowie Opferberatung und
25 zivilgesellschaftliches Engagement.

26 Wir werben um ein Zusammenstehen. Um ein gemeinsames und immer wieder mit Leben
27 erfülltes Bekenntnis aller Demokrat*innen zur Verfassung unserer Republik. Wir
28 werden für die Rückkehr der Selbstverständlichkeit demokratischer Kultur in
29 unsere Parlamente streiten. Der Gewalt der Worte, wie sie zum Beispiel die
30 rechtsextreme AfD in die Stadträte, Kreis- und Landtage und den Bundestag trägt,
31 treten wir entschieden entgegen. Die von ihnen beförderte Verrohung des
32 politischen Diskurses ist Ausdruck und Auswuchs der Verschiebung
33 gesellschaftlicher Normen und sie ist Nährboden für rechte Gewalt und
34 Bedrohungen. Wir werden immer wieder auf diesen Kontext hinweisen und drängen
35 auf eine Beobachtung dieser Partei und ihres Umfeldes durch den
36 Verfassungsschutz. Mit solchen geistigen Brandstiftern kann es für alle
37 Demokrat*innen keine gemeinsame Sache geben.

38 Die Zunahme antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt und Bedrohung –
39 der Anschlag von Halle ist besonders herausragend aber bei weitem kein
40 Einzelfall – zwingen wie auch die Wahlerfolge der rechtsextremen AfD alle
41 Demokrat*innen zum Handeln. Wo eine solche Partei unter Führung eines Faschisten
42 fast ein Viertel der Bevölkerung erreicht müssen wir gemeinsam Antworten finden
43 – schon aus historischer Verantwortung.

44 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt stehen fest an der Seite von Opfern
45 antisemitischer, rassistischer und rechtsextrem motivierter Gewalt. Wir wollen
46 Schutz und Gerechtigkeit für diejenigen, die angegriffen werden. Und wir setzen
47 uns für eine gesellschaftliche Stimmung ein, die gesonderte Schutzmaßnahmen
48 überflüssig macht.

49 Kein Fußbreit für Menschenfeindlichkeit! Kein Fußbreit dem neuen Faschismus!

Beschluss

Beschluss: Haushalt 2020

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 9. Haushalt und Finanzen / Beschluss Jahreshaushalt 2020

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag hat dem als Tabelle beigefügten Haushaltsplan des
- 2 Landesverbandes für 2020 zugestimmt.
- 3 *Gelb markierte Stellen bzw. kursiver Text hier geben Änderungen im Vergleich zur*
- 4 *verschickten ersten Fassung H-1 wieder. **Und Änderungen in der dritten Fassung***
- 5 **als fett-kursive-unterstrichen.**

Begründung

Erläuterungen zum Haushaltsplan 2020

Folgende Veränderungen, die über die normalen Fortschreibungen oder erfahrungsbasierenden Anpassungen von Ansätzen hinausgehen, hat der Landesvorstand für den Jahreshaushalt 2020 vorgeschlagen:

Einnahmen

Zeile 6: Vor allem aufgrund der guten Europawahlergebnisse hat sich die Prognose des Bundesverbandes für unseren Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung Bund deutlich verbessert. Diese übernehmen wir hier. *Nach der Versendung der ersten Fassung fand noch unser Landesfinanzrat am 21.11.2019 statt, dort stellte sich in der Debatte heraus, dass von der guten Einnahmenprognose wieder noch ein höherer Betrag für die Bundestagswahlkampfreserve 2021 des Bundesverbandes abgezogen werden muss. Dies hat uns die Bundesgeschäftsstelle auf Nachfrage so bestätigt, daher ist der Aufwuchs im laufenden Jahr 2019 nicht ganz so hoch, wie bisher prognostiziert. Für 2020 können wir jedoch weiterhin mit einer hohen Einnahme rechnen.* **Davon ziehen wir jedoch noch die Wahlkampfkostenumlage für den Bundesverband in Höhe von 33.103,49 EUR vorsichtshalber wieder ab, da wir dazu unterschiedliche Informationsstände erhalten haben. Lt. Beschluss des Bundesfinanzrates wird uns diese Umlage in den Jahren 2019-2021 abgezogen.**

Zeile 8a (Einnahmen) und Zeile 37c (Ausgaben) = Nach dem erfolgreichen Antrag unseres Landesverbandes auf der BDK in Hannover 2018 wurde in längeren Verhandlungen zwischen den Landesverbänden und dem Bundesfinanzrat ein neuer Strukturfonds beschlossen, aus dem strukturschwache Landesverbände ab dem Jahr 2020 einen zusätzlichen Zuschuss beantragen können. Nach aktueller Situation kann dies für uns eine Zusatzeinnahme in Höhe von *effektiv bis zu 34.610,03* **29.550,04** EUR bedeuten. Dieser Antrag ist jedoch an den Abschluss konkreter Zielvereinbarungen mit dem Bundesverband geknüpft, die Mittel können nicht einfach im normalen Haushalt veranschlagt werden, dies muss Anfang 2020 erfolgen. Zur Konkretisierung unserer Zielvorstellungen schlägt der Landesvorstand einen gesonderten Workshop/ein Kreisvorständetreffen am 10.01.2020 vor, das darüber beraten soll. Bis zu einer Einigung im Landesverband und mit dem Bundesverband sind die Ausgaben vorerst haushalterisch als durchlaufender Posten abgebildet.

Ausgaben

Zeile 12: Personalkosten LGS

Hier werden vom LaVo 3 Veränderungen vorgeschlagen: Aufstockung der Stellen Assistenz Landesgeschäftsstelle von 10 auf 20 Stunden, Angleichung der Weihnachtsgeldregelung für diese und die Reinigung LGS an die der anderen Angestellten und für alle eine einprozentige Steigerung im Jahr als Art Inflationsausgleich, da die Arbeitsverträge zwar beim Abschluss an öffentliche Tarifverträge angelehnt sind, deren Steigerung nach Tarifrunden aber nicht automatisch mit nach vollziehen.

Der Landesfinanzrat hat weiterhin das einstimmige positive Votum abgegeben, den Lohn aller Teilzeitangestellten auf den auf der BDK 2019 als neue bündnisgrüne Forderung beschlossenen Mindestlohnsatz von mindestens 12,- EUR anzuheben. Dies betrifft die Assistenz LGS, die Reinigung LGS und die Geschäftsführung GJ. Dem hat sich der Landesvorstand ebenfalls angeschlossen, daher steigen diese Ansätze leicht im Vergleich zum ersten Entwurf. Ebenso musste eine Korrektur für die Kosten der Lohnabrechnungen vorgenommen werden.

Zeile 12b: Personalkosten GJ

Diese Kosten für die Teilzeit-Geschäftsführungsstelle für die Grüne Jugend steckten bislang mit in Zeile 40 (Bürokosten), für mehr Transparenz nun Abbildung in diesem Bereich. Zudem Anpassung von bisher gesetzlicher Mindestlohn-Höhe an die neue bündnisgrüne Mindestlohn-höhenforderung.

Zeile 13b: LSM Teilprofessionalisierung

Vorgeschlagen wird als weiterer Schritt in der Anerkennung der besonderen Verantwortung und Arbeitsleistung der Schatzmeister*innenstellen die Anpassung der Vergütung auf 450,- EUR im Monat.

Zeile 17: Ausstattung LGS

Verschiebung von bereits geplanten, aber in 2019 nicht mehr umsetzbaren Anschaffungen, in das Folgejahr. Dies betrifft u.a. den Ersatz unserer Feuerlöscher.

Zeile 30: Aufwand LaVo

Ein deutlich aktiverer Landesvorstand verursacht höhere Fahrtkosten, als bisher veranschlagt, daher Anpassung des Ansatzes 2020 auf den neuen Erfahrungswert.

Zeile 32: Aufwand Parteitage und Urabst. und Zeile 33: Aufwand LDR/LaFi /Schiedsgericht

Kostenschätzung für einen zweitägigen Wahlparteitag mit elektron. Stimmgeräten sowie erhöhter Kostenansatz für geplanten ersten LDR 2020 im Doppel mit Grünem Tag.

Zeile 37: Aktionshaushalt

Der entscheidende Posten für unsere politische Arbeit. Erneute Erhöhung des Ansatzes aufgrund weiterer Aktivitätssteigerung Landesfachgruppen und Landesvorstand, da die bessere Einnahmensituation hier eine Steigerung zulässt.

Zeile 41: Grüne Jugend Aktionskosten

Erhöhung des Ansatzes um 50 % auf Wunsch der Grünen Jugend.

Zeile 48a bis j: Abführungen an den Bundesverband

Sammlung aller verpflichtenden Kostenbeteiligungen und Abführungen an den Bundesverband an einer Stelle im Haushalt, ab 2020 beispielsweise neu erwartbar sind die Kosten für die neue Rechtsextremismusberatungsstelle in der Bundesgeschäftsstelle oder die zu gründende Genossenschaft für den Betrieb der gemeinsamen grünen IT-Infrastruktur wie Wissenswerk.

Rücklagenbildung und Ausgaben für Landtagswahlkampf:

Aus der regulären Haushaltsführung erwarten wir für 2020 zunächst einen Überschuss in der Größenordnung von etwas über 54.000 EUR. Davon abzuziehen sind aber erfahrungsgemäß die ersten

Vorlaufkosten für den anstehenden Landtagswahlkampf 2021 in relevanter Größenordnung. Zusätzlich ist ein kleiner Puffer für besondere kommunale Wahlgänge wie Landrät*innen angesetzt. Gleichwohl bedeuten die Mehreinnahmen im laufenden Jahr, dass wir *schon* zum Jahresende 2019 einen relevanten Puffer aufgebaut haben werden, um die Wahl-gänge 2021 aus eigener Kraft gerüstet zu sein.

Beschluss

Beschluss: Jahresplanung 2020

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 30.11.2019
Tagesordnungspunkt: 10. Jahresplanung/Termine 2020

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag hat folgenden Termin und Veranstaltungsort für den
- 2 Landesparteitag 2020 beschlossen:
- 3 Freitag, **04. September 2020**, bis Samstag, **05. September 2020**,
- 4 Ordentlicher Landesparteitag in Halle (Saale)

Begründung

Der Landesparteitag nimmt weiterhin die folgende Terminplanung zur Kenntnis:

Samstag, 07. März 2020

„Grüner Tag“ und Landesdelegiertenrat 01/2020

Freitag, 26. Juni 2020

Sommerfest in Magdeburg

Freitag, 27. November 2020

Landesdelegiertenrat 02/2020